

PRESSEINFORMATION



Booster für heute – Verantwortung für morgen: Junge Bürgermeister*innen begrüßen richtige Richtung und mahnen echte Reformen an

Stellungnahme des Netzwerk Junge Bürgermeister*innen
zum Beschlusspapier der „AG Booster“ vom 23. Juni 2025.

Berlin, 24. Juni 2025

Das Netzwerk Junger Bürgermeister*innen begrüßt die im Beschlusspapier der AG „Booster“ angekündigten Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und zur Entlastung von Ländern und Kommunen. Die Richtung stimmt: Es ist richtig, dass Bund und Länder Investitionen anstoßen, kommunale Einnahmeausfälle kompensieren und bürokratische Hürden abbauen wollen.

Doch bei aller Zustimmung bleibt festzuhalten: Gute Ansätze reichen nicht aus, wenn die strukturellen Herausforderungen der kommunalen Ebene nicht mitgedacht werden.

„Veranlasser-Konnextität und der anstehende Fachkräftemangel von einer Million Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen jetzt konsequent adressiert werden. Nur so lässt sich das Vertrauen in unsere Demokratie und den Rechtsstaat dauerhaft sichern.“

Michael Salomo, Bundesvorsitzender des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim

„Es braucht mehr als nur finanzielle Zusagen: Wir brauchen endlich eine echte Strukturreform in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen.“

Dominik Brasch, 1. stellvertretender Bundesvorsitzender des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen und Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster

Positiv hervorzuheben:

- 1. Kompensation kommunaler Einnahmeverluste:** Die zugesagte vollständige Übernahme der kommunalen Steuermindereinnahmen von 2025 bis 2029 durch den Bund schafft wichtige Planungssicherheit – insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden.

2. **Investitionen in Bildung und Gesundheit:** Die neuen Programme zur Förderung von Kitas, Schulen und Krankenhäusern adressieren zentrale Zukunftsfelder. Sie greifen den Investitionsstau in Bereichen auf, die besonders für junge Generationen entscheidend sind.
3. **Sondervermögen mit flexibler Mittelverwendung:** Die angekündigte Pauschalzuweisung von 100 Milliarden Euro an Länder und Kommunen ist ein wichtiges Signal. Die vorgesehene Entbürokratisierung, die Ausweitung der Verwendungszwecke sowie der Verzicht auf Zusätzlichkeitskriterien sind richtige Schritte.

Kritische Einordnung und Forderungen:

1. **Befristung statt Strukturreform:** Viele Maßnahmen sind zeitlich eng begrenzt. Das widerspricht dem kommunalen Bedürfnis nach Verlässlichkeit und nachhaltiger Entwicklung. Temporäre Programme ersetzen keine dauerhafte Finanzausstattung.
2. **Strukturelle Unterfinanzierung ungelöst:** Trotz aller Kompensationen bleibt die grundsätzliche strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen bestehen. Es braucht endlich eine Gemeindefinanzreform, die die dauerhafte Handlungsfähigkeit aller Kommunen sicherstellt.
3. **Kommunen bleiben außen vor:** Das Beschlusspapier wurde zwischen Bund und Ländern abgestimmt – ohne kommunale Beteiligung. Als unmittelbare Umsetzungsebene fordern wir verbindliche Mitsprache bei der Ausgestaltung solcher Programme.
4. **Mangelnde Umsetzungsressourcen:** Die angekündigten Investitionsmittel laufen ins Leere, wenn es vor Ort an Fachkräften in Bauverwaltung, Planung und Projektumsetzung fehlt. Programme müssen mit Personalaufbaukomponenten kombiniert werden.
5. **Verschuldung braucht Ausgabenkritik:** Gerade als junge Generation nehmen wir wahr, dass die milliardenschweren Investitions- und Ausgleichszahlungen in weiten Teilen durch Schulden finanziert werden – also auf dem Rücken künftiger Generationen. Deshalb reicht es nicht, auf der Einnahmeseite auszugleichen. Es braucht genauso mutige Schritte auf der Ausgabenseite: Standardabbau, Verschlankung von Verfahren, Abschaffung ineffizienter Förderprogramme. Nur so wird ein echter Ausgleich zwischen Einnahmen- und Ausgabenseite möglich.

„Wir müssen endlich ehrlich über Standards, Prozesse und Prioritäten reden. Wenn wir die Schuldenlast für kommende Generationen begrenzen wollen, brauchen wir nicht nur mehr Geld, sondern weniger Regelwust.“

Andre Stenda, Bürgermeister der Gemeinde Hohenroda und Beisitzer im erweiterten Bundesvorstand des Netzwerks

6. **Regionale Gerechtigkeit sicherstellen:** Die stärkere Entlastung ostdeutscher Länder bei Altlasten ist nachvollziehbar, aber strukturschwache westdeutsche Regionen dürfen dabei nicht vergessen werden.

„Wir erleben in unseren Rathäusern täglich, wie bürokratisch, befristet und praxisfern Förderprogramme gestrickt sind. Wenn der Bund wirklich Entlastung will, dann muss er uns endlich machen lassen – mit Vertrauen, Pauschalen und Planungssicherheit.“

Manuel Friedrich, Bürgermeister der Stadt Obertshausen (Hessen):

Einbindung in unser aktuelles politisches Engagement:

Die Forderungen, die wir mit Blick auf das „Booster“-Papier formulieren, stehen nicht isoliert. Bereits wenige Tage zuvor hat das Netzwerk Junger Bürgermeister*innen ein umfassendes Forderungspapier zur geplanten Umsetzung des Sondervermögens „Bundesinvestitionen in die Infrastruktur“ vorgelegt. Darin fordern wir unter anderem die dauerhafte finanzielle Stärkung der Kommunen, die Einbeziehung der kommunalen Ebene in strategische Verhandlungen sowie eine echte Verwaltungsvereinfachung. Das aktuelle Beschlusspapier greift einige dieser Punkte auf, bleibt aber in zentralen Fragen hinter dem notwendigen Anspruch zurück.

„Wir sind mit klaren Forderungen auf Bundesebene angetreten und haben unsere kommunale Perspektive deutlich gemacht – als Netzwerk, aber auch als Teil einer Generation, die Verantwortung für das Morgen übernimmt.“

Martin Abmuth, Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten und Mitglied im Bundesvorstand des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen

Zentrale Forderungen des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen:

- Verstetigung der Investitionsförderung mit langfristiger Perspektive
- Verbindliche kommunale Beteiligung an Bund-Länder-Finanzprozessen
- Unbürokratische, pauschale und flexible Fördermechanismen
- Ausbau kommunaler Planungskapazitäten und Fachkräfteoffensiven
- Klares Bekenntnis zu Priorisierung, Prozessverschlinkung und Standardabbau
- Faire Berücksichtigung aller strukturschwachen Regionen – auch im Westen

Das Netzwerk Junger Bürgermeister*innen steht bereit, Verantwortung für die Transformation zu übernehmen. Was wir dafür brauchen, ist nicht mehr Kontrolle, sondern mehr Vertrauen und echte Partnerschaft auf Augenhöhe.

Über das Netzwerk

Im September 2019 wurde in Bad Soden-Salmünster das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen zunächst als loser Verbund aus der Taufe gehoben. Unter „Junge Bürgermeister*innen“ verstehen wir alle, die bei ihrer letzten Wahl jünger als 40 Jahre alt waren. Um die Arbeit des stark wachsenden Netzwerks weiter zu professionalisieren, erfolgte im Juni 2022 in Berlin die Gründung eines Vereins. Inzwischen umfasst der Verteiler fast 1.000 junge Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland. Diese verbindet oft eine andere, junge Sicht auf die kommunalen Dinge.

Ansprechpartner für die Presse:

Henning Witzel, Verbandsgeschäftsführer

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Tel.: 0151 1802 4455

netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de

www.junge-buergermeisterInnen.de